

„Anregung“

Die deutschen Bischöfe und das geplante Gespräch mit dem Papst

Zum 13./14. November reisen die deutschen Diözesanbischöfe zu Gesprächen mit dem Papst und Spitzenvertretern der Kurie nach Rom. Die Nachricht über den Plan des Treffens kam zunächst von Rom und wurde in einer Mitteilung des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz vom 30. August bestätigt. Kardinal *Joachim Meisner* nannte in Antworten auf zwei Interviewfragen der Kölner Kirchenzeitung (Ausgabe vom 8. September) als Gesprächsthemen die „Weitergabe des Glaubens“ und „Wie geht die Kirche ins dritte nachchristliche Jahrtausend?“ Die genauere Tagesordnung werde noch zwischen dem Papst und der Deutschen Bischofskonferenz vereinbart werden.

Die Begegnung des Papstes mit den deutschen Bischöfen ist wohl in einer Reihe zu sehen mit verschiedenen Sonderbegegnungen des Papstes und der leitenden Kurienkardinäle mit Episkopaten anderer Länder in den letzten Jahren, u. a. den Brasilianern, den Peruanern, den Amerikanern und den Schweizer Bischöfen. Und nichts ist natürlicher und wünschenswerter, als daß Papst und Bischöfe möglichst oft und möglichst intensiv miteinander sprechen, zumal in Zeiten spürbarer „Spannungen zwischen den Ortskirchen und Rom“. Auffallend an dem Unternehmen ist allerdings die *extreme Geheimhaltung*, mit der der Plan des Treffens umgeben wurde, und die Tatsache, daß als erster nicht der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, sondern der Kardinal von Köln zu dem Vorgang Stellung genommen hat.

Beim Sekretariat der Bischofskonferenz war über das geplante Treffen so gut wie nichts zu erfahren. Die Mitteilung des Sekretariates, daß das Tref-

fen stattfinde, erfolgte auf drängende Nachfrage von Journalisten in Abwesenheit des Konferenzvorsitzenden, der sich in der fraglichen Zeit in Polen aufhielt. Um so mehr fallen die Unterschiede in den Auskünften des Kardinals von Köln und des Sekretariats der Bischofskonferenz in Bonn über das Zustandekommen des Treffens auf. Nach Kardinal Meisner geht das geplante Treffen „allein auf die Anregung der Deutschen Bischofskonferenz“ zurück. In der Mitteilung des Sekretariats klingt die Auskunft über Urheberschaft und zu erwartende Thematik anders: Der Papst sei „von Mitgliedern der Deutschen Bischofskonferenz“ um ein Gespräch „gebeten“ worden, „damit in einem direkten und informellen Austausch anstehende Fragen und Probleme erörtert werden können“.

Mit einiger Gewißheit läßt sich indessen dreierlei feststellen: Als sicher gilt: der Plan des Treffens ergab sich aus einem Gespräch des Papstes mit den Kardinälen Meisner und Wetter. Unklar ist, wieweit dabei die Initiative der beiden Kardinäle oder das Drängen römischer Stellen oder beides zusammen maßgebend war. Sicher ist, daß einzelne Mitglieder der Bischofskonferenz – und nicht diese selbst – initiativ wurden bzw. die „Anregung“ aufgegriffen haben. Unsicher ist, wann und wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz darüber informiert wurde.

Sicher ist, daß entgegen der Formulierung des Kardinals von Köln nicht nur über Glaubensprobleme im allgemeinen gesprochen und Meinungen über kirchliche Zukunftsperspektiven im nächsten Jahrtausend ausgetauscht werden. „Rom“ hat die „Kölner Erklärung“ und alles, was durch personalpolitische Entscheidungen und durch moral- und pastoraltheologische Weichenstellungen in der Bundesrepublik und anderswo an Konflikten aufgebrochen ist, nicht vergessen. Daß dies nicht geschah, dazu haben auch deutsche Kurienvertreter das Ihre beigetragen. Sowohl von Kardinal *Ratzinger* wie von Bischof *Cordes* werden wiederholt öffentliche scharfe Attacken gegen die Unterzeichner der „Kölner Erklärung“ und gegen Theologen all-

gemein geritten. Sicher ist auch, daß der Wunsch weiter besteht, die deutschen Bischöfe möchten von den „Kölnern“ und anderen Kritikern römischer Positionen und Maßnahmen sich noch deutlicher distanzieren bzw. sich noch unzweideutiger, als sie dies ohnehin tun und getan haben, hinter den Papst stellen. Die Aufforderung Kardinal Ratzingers in Briefen an den französischen und Schweizer Episkopat, jene Theologen ins Gespräch zu nehmen, die sich mit der „Kölner Erklärung“ solidarisiert haben, verdeutlicht, was Hintergrund ist (vgl. *Kathpress*, 15. 9. 89). Dies gilt um so mehr, als ein ähnlicher Brief auch an den deutschen Episkopat gegangen ist. Unklar ist, auf was das römische Verlangen im einzelnen zielt.

Sicher ist, daß darüber im deutschen Episkopat nicht einheitlich gedacht wird. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann* – er bemühte sich von Anfang an um eine produktive Aufarbeitung der aufgeworfenen Fragen und ist dabei auch schon ein gutes Stück vorangekommen –, hat sich fast zur gleichen Zeit, als der Papsttermin in Bonn und Köln publik gemacht wurde, in Interviews mit italienischen Zeitungen recht deutlich geäußert: er halte die Anliegen der Theologen und die von ihnen aufgeworfenen Fragen für diskutierenswert. Die sie aufwerfen, dürften nicht „verurteilt“ werden; sie würden „wahre Probleme reflektieren“. (Ähnlich äußerte sich um die gleiche Zeit Bischof *Pierre Mamie* nach einer Sitzung der Schweizer Bischofskonferenz: die „Kölner Erklärung“ stelle „gute Fragen zu Problemen, die tatsächlich existieren“.) Aber Bischof *Lehmann* fügte auch hinzu: „Ich fürchte, daß Rom mit Sanktionen gegen die Unterzeichner der ‚Kölner Erklärung‘ liebäugelt.“

Unsicher ist, ob und wie „Rom“ die schon erreichte Entspannung in den weiterschwelenden Konflikten unterlaufen will, und wie sich einzelne Bischöfe und Kardinäle hierzulande dazu stellen. Es wird also in diesem Gespräch viel zu besprechen und zu klären sein. Bischof *Lehmann* hat in seinen Interviews auch gesagt, es fehle

vielfach am Dialog, z. B. „zwischen unseren Moraltheologen und der Glaubenskongregation in Rom“. Hoffentlich wird wenigstens am 13./14. November einer draus. se

Appelle

Die DDR-Kirchen und die Ausreisewelle

Daß in den letzten Wochen und Monaten Zehntausende von DDR-Bürgern ihren Staat verlassen haben – teils durch „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ aufgrund eines Ausreisetrags, teils auf dem Weg über die ungarisch-österreichische Grenze –, konnte und kann die Kirchen in der DDR nicht gleichgültig lassen. Der Evangelische Kirchenbund reagierte denn auch auf die Zuspitzung der Situation mit einem am 10. September in den Gottesdiensten verlesenen Wort an die Gemeinden; kurz zuvor hatte sich der Magdeburger Bischof *Christoph Demke* mit einem eigenen Brief an die Gemeinden seiner provinzsächsischen Kirche gewandt. Dazu kamen zahlreiche weitere Stellungnahmen von Pfarrern und höheren kirchlichen Amtsträgern. Bei der Tagung der Synode des Kirchenbundes Mitte September in Eisenach war die Ausreiseproblematik eines der beherrschenden Themen. Dort nahm auch der stellvertretende (und derzeit amtierende) Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz, Bischof *Joachim Wanke* (Erfurt), in seinem Grußwort zur Ausreiseproblematik Stellung. Wanke äußerte sich zum DDR-Thema Nr. 1 dann auch bei der großen Herbstwallfahrt am 17. September auf dem Erfurter Domplatz.

Zwei Leitmotive bestimmen durchgängig die einschlägigen Stellungnahmen aus den evangelischen Kirchen der DDR: Die Bitte an die Gemeindeglieder, in der DDR auszuhalten, und der dringende Appell an die Staatsführung, endlich *substantielle Reformschritte* einzuleiten, die es den kritischen und unzufriedenen Bürgern erleichtern könnten, im Land zu bleiben

und sich für seinen weiteren Weg zu engagieren. In einem Brief des Kirchenbundes an Erich Honecker vom 2. September (er wurde den Gemeinden in der Erklärung vom 10. September zur Kenntnis gegeben) werden solche dringenden Reformen nochmals aufgelistet: Offene und wirklichkeitsnahe Diskussion über die Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in der DDR-Gesellschaft; Berücksichtigung von kritischen Einwänden der Bürger; realistische Berichterstattung in den Medien; Respektierung der Bürger als mitverantwortliche Partner durch alle Behörden; Reisemöglichkeiten in andere Länder für alle Bürger. Auf der Synodaltagung in Eisenach wurden diese Forderungen mehrfach bekräftigt. Zum Abschluß ihrer Tagung sprachen sich die Synodalen für eine „Öffnung der bisherigen politischen Strukturen“ und eine „demokratische Parteilvielfalt“ in der DDR aus. Es brauche ein allgemeines Problembewußtsein dafür, daß Reformen dringlich notwendig seien.

Man kann es den Kirchen in der DDR nicht verdenken, wenn sie direkt oder indirekt zum Bleiben auffordern und ihre Gemeindeglieder an ihre Verantwortung für ihr privates und gesellschaftliches Umfeld erinnern, das sie bei der Ausreise im Stich lassen. Es geht ihnen dabei nicht nur um die eigene Selbsterhaltung, obwohl auch dieser Gesichtspunkt nicht zu unterschätzen ist. Schließlich haben manche der ohnehin kleinen Gemeinden durch die Zunahme der Ausreisen einen zusätzlichen, oft schmerzlichen Aderlaß erfahren. Der Appell zum Aushalten im Land ist vor allem eine Konsequenz aus der Grundhaltung der Kirchen gegenüber Staat und Gesellschaft der DDR, wobei sich hier, ungeachtet weiterbestehender Unterschiede in Selbstverständnis und Struktur, seit einiger Zeit gewisse *evangelisch-katholische Konvergenzen* abzeichnen.

Die evangelische Kirche in der DDR versteht sich schon seit zwanzig Jahren bewußt als Kirche *in der DDR*, die sich für die Entwicklungen und Probleme der Gesellschaft mitverantwort-

lich sieht und sie als Teil ihres spezifischen christlichen Auftrags konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten sucht. Aber auch in der katholischen Kirche der DDR ist in den letzten Jahren trotz deutlicherer Distanz und Abgrenzung gegenüber dem System das Bewußtsein der Solidarität mit dem eigenen Land, seinen Menschen und Problemen gewachsen. Auf dieser Linie liegen jetzt auch die Äußerungen zur Ausreiseproblematik. Bischof Wanke sagte vor der Kirchenbundsynode in Eisenach: „Gott hat uns hierher gestellt... Ich glaube nicht, daß es Gottes Wille ist, dieses Land nur den Menschen zu überlassen, die Gott nicht kennen. Dieses Land gehört auch uns Christen!“ Die Christen, so Bischof Wanke, könnten nicht einfach von ihrem Auftrag weglaufen, nur weil manches in der DDR schwieriger sei als anderswo.

Je länger sich die DDR-Führung allerdings auf ihre ideologische Grundpositionen fixiert und sich von den wirtschaftlichen und politischen Reformprozessen in Ungarn, Polen und der Sowjetunion abgrenzt, desto schwerer dürften es die Kirchen haben, mit ihrer Bitte, das Land nicht zu verlassen, bei den Betroffenen Gehör zu finden. Schon jetzt wird ja in kirchlichen Stellungnahmen bei allen kritischen Anmerkungen zur Ausreisewelle und manchen ihrer Motive eingeräumt, daß es für den einzelnen angesichts der gegenwärtigen Stagnation in der DDR durchaus nachvollziehbare und verständliche Gründe gebe, dem Land den Rücken zu kehren. Im übrigen sollte man die Einflußmöglichkeiten der Kirchen, denen zusammen inzwischen vermutlich nicht mehr als ein Drittel der DDR-Bevölkerung angehören, nicht überschätzen. Das gilt nicht nur für die Ausreiseproblematik, sondern auch darüber hinaus. Die Kirchen in der DDR können und wollen keine Oppositionsbewegung ersetzen. Sie können nur hoffen, daß sich in absehbarer Zeit – sei es durch massiveren Druck von unten, durch Kursänderungen in der Führung oder beides zusammen – die Veränderungen abzeichnen, für die sie seit Jahren weithin erfolglos plädieren.